

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl
Geschäftsführer

Geschäftsstelle
Mülheimer Str. 7A
51375 Leverkusen
Tel.: +49 (214) 50 33 08
Fax: +49 (214) 5 84 17
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 11. Februar 2021

Photovoltaik in Leverkusen: neue Ausbau-Ziele setzen und Zahl der Anlagen deutlich steigern

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Anzahl von PV-Anlagen und der PV-Leistung in Leverkusen signifikant gesteigert werden kann. Ziel ist die Definition eines jährlichen PV-Ausbauziels (Menge und Leistung), das zur Erreichung des Klimaziels 2050 notwendig ist.

Folgende Vorschläge sind dabei im Detail zu prüfen:

- 1. Die rechtssichere Festsetzung von verbindlichen Zielen für den Ausbau von Photovoltaik für:**
 - den Neubau, zum Beispiel durch Festsetzungen in der Bauleitplanung,
 - öffentliche Gebäude/städtische Gebäude,
 - Bestandsgebäude mit städtischem Zugriff,
 - sonstige Wohnbaugesellschaften, die in Leverkusen expandieren möchten,
- 2. Gespräche zur freiwilligen Selbstverpflichtung für alle in Leverkusen tätigen Bauträger,**
- 3. Entwicklung eines attraktiven PV-Angebots in Zusammenarbeit mit der EVL oder Energiegenossenschaften oder anderen geeigneten Institutionen (zum Beispiel Mieterstromangeboten in Zusammenarbeit mit den Wohnbaugesellschaften).**

Begründung:

Im Rahmen der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzepts wurde 2017 eine unterdurchschnittliche Rate der erneuerbaren Energien im Stromsektor von zwei Prozent

festgestellt, die weit unter den bundesdeutschen Vergleichszahlen von 32 Prozent erneuerbarer Stromerzeugung liegt.

Dabei ist das Potenzial hoch. Strom aus PV-Anlagen ist eine der wenigen erneuerbaren Energien, die in urbanen Verdichtungsräumen problemlos und nahezu wirtschaftlich genutzt werden kann und damit einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leistet. Dennoch sind die aktuelle Ausbautintensität und die Ausbaugeschwindigkeit – gemessen an den Erfordernissen des Klimaschutzes – noch immer zu gering.

Mit dem im Dezember 2020 novellierten EEG steht ein neuer rechtssicherer Rahmen zur Verfügung. Der Rahmen muss genutzt werden, um neue Ziele zu definieren und den Ausbau deutlich zu beschleunigen. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann die Stadt jedoch nicht allein bewältigen. Daher sind alle relevanten Akteure einzubeziehen und zukunftsweisende Instrumente zu nutzen bzw. zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Susanne Stark
Sachkundige Bürgerin

Andreas Bokeloh
Ratsherr

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende